

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 7.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6432. Geschäftsinteresse pro 3spaltige Zeile oder deren Raum 25, für Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 15. Februar 1908.

Verlag: A. Pohrberg, Hannover, Münst. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Schneider, Hannover, Münst. 6, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von E. H. Meißner & Co., Hannover.

17. Jahrg.

Zur Beachtung!

Heute ist der 7. Wochenbeitrag fällig.

Streiks oder Aussperrungen.

bestehen in Sonneberg, Dresden, Velten und Oberkohan.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Meissen, Berlin und Dauenburg.

Bezug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Zur Landarbeiterfrage.

In der letzten Nummer des „Proletariers“ hat Frau Biez mit dem Artikel „Land- und Waldarbeiterorganisation“ erfreulicherweise die schon längst notwendig gewordene Diskussion über die Landarbeiterfrage eingeleitet. Es ist deshalb selbstverständlich, daß auch die Gegenseite zum Worte kommt, wenn anders die Aussprache klärend und fruchtbringend sein soll.

Wie unsere Kollegin Biez ganz richtig in Erinnerung bringt, fand sich auf dem Leipziger Verbandstage eine knappe Mehrheit, die sich gegen eine selbständige Organisation der Landarbeiter erklärte (45 Stimmen). Immerhin war die Minderheit (23 Stimmen), die für die Resolution des Unterzeichneten votierte, in Anbetracht dessen, daß die Landarbeiterfrage in dieser Form zum erstenmal auf einem Verbandstage erörtert wurde, als eine ziemlich beträchtliche zu bezeichnen. Hierbei kann auch nicht außer acht gelassen werden, daß es in erster Linie Vertreter der bedeutenderen Zahlstellen waren, die gestützt auf ihre Erfahrungen, für die Gründung einer selbständigen Landarbeiterorganisation eintraten.

Wie wenig die Sachlage aber auf dem Verbandstage selbst — wohl infolge der etwas summarischen Behandlung der Frage — geklärt worden war, beweist schon zur Genüge der Umstand, daß die Resolution Biez bei einer Anwesenheit von reichlich 100 Delegierten nur 45 Stimmen auf sich vereinigte. (43 Delegierte stimmten für die Resolution, die eine endgültige Entscheidung noch nicht herbeigeführt wissen wollte, sondern vom Vorstand eine neue Vorlage zum nächsten Verbandstage verlangte.)

Es war somit eine recht zweifelhafte, ja man darf getrost sagen: eine Zufallsmajorität, die den Hauptvorstand zur Ausführung der in der Resolution Biez niedergelegten „Richtlinien“ verpflichtete. Zum mindesten lag der unheilvolle Willensausdruck einer kompakten Majorität nicht vor.

Diese Tatsache muß hervorgehoben werden, um nicht ein falsches Bild über das Zustandekommen jenes „Mehrheits“-Beschlusses entstehen zu lassen. Denn daraus dürfte zum guten Teil schon das passive Verhalten des Hauptvorstandes dem Beschlusse gegenüber zu erklären sein.

Doch selbst zugegeben, jener Beschluß wäre einwandfrei gefaßt, so entsteht doch wiederum die Frage: Poante der Hauptvorstand als verantwortliche Leitung des Verbandes den Beschluß überhaupt zur Ausführung bringen? Und da antworte ich offen und ehrlich mit: Nein!

Schon auf dem Verbandstage äußerten sich eine Anzahl der Delegierten, die man für gewöhnlich auch nicht gerade zu den Rückständigsten zählt, ganz unumwunden dahin, daß der Hauptvorstand selbst beim besten Willen nicht imstande sei, den auf Grund der Resolution Biez gefaßten Beschluß auszuführen. Verlangte doch diese Resolution nichts mehr und nichts weniger, als daß ein Verband im Verbande gegründet werden solle, mit eigenen Statuten, eigener Verwaltung, eigenen Beiträgen und eigenen Unterstühtungsstellen. Nur die Zentralleitung und das Verbandsorgan wären gemeinsam geliebt, sonst nichts.

Angesichts dessen hatte der Hauptvorstand meines Erachtens geradezu die Pflicht, sehr reiflich zu prüfen, ob die mit der Durchführung jenes Beschlusses notwendigerweise verbunden gewesenen immensen Geldausgaben im Interesse des Verbandes gemacht werden durften oder nicht. Kam der Hauptvorstand jedoch zu der Ueberzeugung, daß Opfer und Arbeit zu den etwaigen Erfolgen voraussichtlich in denkbar ungünstigstem Verhältnis stehen würden, so konnte er die Regierung des Beschlusses auch mit gutem Gewissen auf sich nehmen. Ich wenigstens für meine Person wäre gern bereit, ihm volle „Indemnität“ zu erteilen. Was eben nicht geht, das geht nicht.

Freilich wäre es richtiger gewesen, wenn der Hauptvorstand bereits auf dem Verbandstage in Leipzig seine Bedenken gegen die Resolution Biez offen ausgesprochen hätte, da deren Undurchführbarkeit doch ohne weiteres klar auf der Hand lag. Anstatt aber zur Klärung der Landarbeiterfrage durch Beteiligung an der Aussprache beizutragen, hüllte sich der Hauptvorstand damals in tiefstes Schweigen

und trägt so sein gut Teil Schuld daran, daß jener fragwürdige Beschluß überhaupt zustande kommen konnte. Es ist deshalb auch bis zu gewissem Grade erklärlich, daß Kollegin Biez — wie einst Shylock — auf ihrem Schein besteht und den Hauptvorstand nicht gerade mit Samtpfötchen freidiehelt.

Frau Biez wendet sich nun in ihrem Artikel entschieden gegen den Plan der Gründung einer selbständigen Organisation der Land- und Waldarbeiter, wie er auf der Vorstände-Konferenz der Gewerkschaften empfohlen wurde. In ihrem Eifer geht sie dabei so weit, den Vorständen zu imputieren, daß diese uns auch hier wieder „um die Früchte unserer Arbeit“ prellen wollten. Hier bewahrheitet sich wieder der alte Spruch: „Wenn man zu viel beweisen will, beweist man gar nichts.“

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit?

Unser Verband besteht seit 17 Jahren. In diesen 17 Jahren ist es uns leider nicht möglich gewesen, einen auch nur irgendwie nennenswerten Bruchteil der Landarbeiter für unsere Organisation zu gewinnen. Bis heute war der Hauptvorstand noch nicht in der Lage, einmal zahlenmäßig anzuführen, wieviel Landarbeiter eigentlich zu uns gehören. Ich fürchte auch, die Bekanntgabe solcher Zahlen würde ein klägliches Ergebnis zeitigen. Um „Früchte“ kann uns also niemand „prellen“, denn wir haben keine Früchte auf Lager. Gerade dieser totale Mißerfolg unserer langjährigen Agitation mußte uns doch endlich zur Erkenntnis bringen, daß zur Organisierung der Landarbeiter einmal andere Wege eingeschlagen werden müssen, als wie wir sie bisher gewandelt sind. Ueber diese harten Tatsachen hilft das bloße „Gefühl“ nicht hinweg.

Bei der Gründung unseres Verbandes lagen die Verhältnisse wesentlich anders als heute. Damals konnte man sehr wohl der Ansicht sein, daß es möglich sei, den größten Teil aller ungelerten Arbeiter, sowohl in der Industrie als wie auch in der Landwirtschaft, nach und nach unter einen Hut zu bringen. In diesem Sinne ist auch anfänglich unsere Verbandsleitung tätig gewesen. Die Entwicklung nahm jedoch einen andern Gang. Unsere Organisation wuchs sich im Laufe der Jahre immer mehr zu einem reinen Industrieverbande aus, d. h. zu einer Organisation, die ihre Hauptwurzeln hat in denjenigen Industriegruppen, wo vorzugsweise ungelernete Handarbeiter beschäftigt werden. Demgemäß mußte sich unsere Organisation auch vorwiegend auf diese Arbeiterkategorien richten. Hand in Hand damit ging die in der gewerkschaftlichen Entwicklung begründete Erhöhung der Beiträge und die Konsolidierung unseres Verbandes zu einer vollwertigen industrie-proletarischen Kampfesorganisation. Als solcher waren ihr nun die Wege gewiesen, die Aufgaben vorgezeichnet. Sie mußte sich in den Rahmen der industriellen Gewerkschaften völlig hineinpassen, wenn sie sich nicht der natürlichen Entwicklung entgegenstemmen und ein Zwitterding sein wollte. So ist es denn auch gekommen.

Eine weitere Folge dieser Entwicklung war, daß die Agitation unter den Landarbeitern nur noch im „Nebenamt“ betrieben werden konnte. Ohne Rücksicht darauf, ob die Landarbeiter den jetzigen Verbandsbeitrag erschwingen konnten oder nicht, wurde dessen Erhöhung vorgenommen. Es ging eben nicht anders, da sich die weitaus überwiegende Mehrzahl der Verbandsmitglieder aus Industrie-proletariern zusammensetzte und rekrutierte.

Liegen die Dinge aber so — und daß sie so liegen, kann ernsthaft nicht angezweifelt werden — dann soll man doch auch endlich die Konsequenzen daraus ziehen. Die Entwicklung hat unseren Verbande andere Aufgaben gewiesen. Er kann unmöglich die wirtschaftliche Emanzipation des millionenstarken ungelerten Fabrikproletariats und des ebenfalls nach Millionen zählenden Landproletariats gleichzeitig bewerkstelligen. Dazu liegen die Verhältnisse in Industrie und Landwirtschaft viel zu verschiedenartig. Deshalb kann auch über den Einwand: „Wo hört die Landwirtschaft auf, und wo fängt die Industrie an“, nicht ernsthaft diskutiert werden. Beide haben doch nur, unter dem streng wissenschaftlichen Gesichtswinkel der Sozialökonomie betrachtet, gewisse Berührungspunkte miteinander. Rein gewerkschaftlich angesehen, zeigen sich uns jedoch auf Schritt und Tritt himmelweite Unterschiede.

Schon in der Industrie lassen sich die Verhältnisse nicht in eine Schablone pressen, etwa nach der Formel: „Sie ein Verband der gelehrten, und da ein Verband der ungelerten Arbeiter.“ Die Spezialisierung der Organisationen in verschiedene Industrie-Berufsgruppen hat eben ihre sehr realen Ursachen. Um so unmöglicher ist die künstliche Hineinzwängung der Landarbeiter in den Rahmen eines Industriearbeiter-Verbandes.

Die soziale Lage der Landarbeiter kann nur verbessert werden, wenn man ihnen eine eigene Organisation gibt, die ihren beruflichen und — auch den gesellschaftlichen Verhältnissen angepaßt ist. Nur auf diesem Wege kommen wir der Lösung der Landarbeiterfrage...

Ganz richtig ist, wenn Frau Biez sagt: „Die Landarbeiteraufklärung und in deren Gefolge ihre Organisierung tritt auf als Reflex der Industriearbeiterbewegung.“ Sie vergißt nur, die richtigen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Gerade hierin liegt ja die Lösung des Rätsels. Die Emanzipation der Landarbeiter konnte — so wie sich die Dinge in Deutschland gestalten — nicht eher Fortschritte machen, als bis die Industriearbeiterbewegung einen gewissen Höhepunkt erreicht hatte. Dieser Höhepunkt ist jetzt erreicht.

Es liegt auf der Hand, daß eine selbständige Landarbeiterorganisation bis auf weiteres durchaus auf die moralische und finanzielle Unterstützung der Industriearbeiterorganisationen angewiesen sein wird. Noch auf Jahre hinaus werden diese Organisationen in jeder Beziehung die Nährmutter eines Landarbeiterverbandes bleiben müssen. Dazu sind sie jetzt aber auch in der Lage, ohne daß sie sich hierbei in besonders fühlbarer Weise zu engagieren brauchen. Die Entwicklung tat eben auch hier das Ihrige.

Jetzt, da die moderne Arbeiterbewegung in allen ihren Teilen soweit ist, um ohne größere Schwierigkeiten eine Landarbeiterorganisation lebensfähig erhalten zu können, ist die Schaffung einer solchen Organisation nachgerade eine soziale Notwendigkeit geworden.

Deshalb haben wohl auch die Gewerkschaftsvorstände die Ueberzeugung gewonnen, daß mit der bisherigen Wursterei auf dem Gebiete der Landarbeiterfrage jetzt endgültig gebrochen werden müsse, da die gewerkschaftlichen Vorbedingungen zur Lösung dieser Frage nunmehr gegeben sind.

Hat die Entwicklung aber in dieser Weise vorgearbeitet, so sollten auch wir uns der besseren Einsicht nicht länger verschließen.

Lassen wir doch die nackten Tatsachen reden. Das Bild ist dann folgendes:

1. Der Erfolg unserer 17jährigen Agitation unter den Landarbeitern war gleich Null.
2. Die Landarbeiter sind dank ihrer erbärmlichen Entlohnung nicht imstande, weder den vollen noch den halben Verbandsbeitrag leisten zu können.
3. Der Beschluß des Leipziger Verbandstags hat sich in jeder Beziehung als undurchführbar erwiesen.
4. Unser Verband hat sich zu einem reinen Industriearbeiter-Verband entwickelt, kann infolgedessen also nicht mit der gleichen Intensität doppelte Agitation entfalten.
5. Die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in Industrie und Landwirtschaft läßt es nicht zu, die Landarbeiter im Rahmen oder als Anhängsel eines Industriearbeiter-Verbandes zu organisieren.
6. Die Erfahrung lehrt, daß die speziellen Berufsinteressen einer Arbeitergruppe desselben gemeinsamen Produktions- oder Berufsbereichs am besten in einer selbständigen Berufsorganisation gefördert werden.

Das wären, kurz zusammengefaßt, so ungefähr die hauptsächlichsten Gesichtspunkte, die uns als Mitglieder des Fabrik- und Hilfsarbeiterverbandes schon aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen für die Schaffung einer selbständigen Landarbeiterorganisation einnehmen müßten. Hier steht die Frage doch einfach so: Was ist das Beste für die Landarbeiter? Ob sie uns als Anhängsel überwiegen bleiben, oder ob sie auf eigene Füße gestellt werden! Da unser Verband der Landarbeiterschaft nachgewiesenermaßen bisher nur wenig oder gar nichts nützen konnte und auch in Zukunft auf diese Art nichts nützen wird, so vergeben wir uns durchaus nichts, wenn wir uns dem Vorschlage der Gewerkschaftsvorstände anschließen; im Gegenteil: wir zeigen dann, daß auch unser Verband seine Zeit begriffen hat.

Wir dürfen auch nicht außer acht lassen, daß eine selbständige Landarbeiterorganisation mit der Zeit einen ungleich größeren moralischen Druck auf das Agrarier-tum — und schließlich auch auf die Gesetzgebung ausüben kann, als wenn wir nach der bisherigen, längst veralteten Methode fortwurzeln würden. Ebenfalls ist an die zunehmende Hereinschleppung ausländischer Landarbeiter zu erinnern. Eine Verknüpfung mit diesen wird bedeutend leichter möglich sein, wenn die Landarbeiter über eine eigene Organisation verfügen. Es ist eben eine überlebte Anschauung, zu glauben, daß die Fabrikarbeiter auch gleichzeitig die Berufsinteressen der Landarbeiter wahrzunehmen vermögen. Mit demselben Rechte könnten beispielsweise auch

die Maurer sagen, der Metallarbeiterverband wäre überflüssig, oder die Zivildienstpflichtigen könnten die Holzarbeiter unter ihre Fittige nehmen.

Vergeffen wir endlich auch nicht, daß die Zentrumspartei bereits den Anfang mit der Gründung einer katholischen Landarbeiterorganisation gemacht hat, wenn auch aus andern Gründen wie wir.

So sprechen hundert Gründe für die Schaffung eines Landarbeiter-Verbandes. Je eher, je besser. Selbst den Fall gesetzt, daß es möglich wäre, im Fabrikarbeiterverbande eine gut fundierte Landarbeiter-Sektion zu bilden, so würde sich diese mit zunehmender Stärke zu gegebener Zeit notwendigerweise ein selbständig machen müssen, weil die Unterschiede der spezifischen Berufsinteressen eine solche Loslösung in sich selbst bedingten.

Deshalb Kollegen: stellen wir uns der natürlichen Entwicklung der Dinge fürder nicht starrköpfig und kurz-sichtig entgegen! Wir scheitern, die gewerkschaftliche Seite der Landarbeiterfrage ist gegenwärtig soweit gebiechen, daß der kommende Gewerkschaftskongress den ersten entscheidenden Schritt zu ihrer Lösung unternehmen muß; entweder mit, oder aber — gegen unsern Willen. Auf die Dauer können die Gesamt-Gewerkschaften den Kleinlichen Bedenken einer einzelnen Organisation — in diesem Falle der untrigen — nicht Rechnung tragen, wo es sich um das Wohl und Wehe einer millionenfachen Arbeiterzahl handelt.

Beharren wir aber trotzdem auf unserer bisherigen Gegnerschaft gegen einen selbständigen Landarbeiter-Verband, so würde man uns mit Recht sagen können: wir wirken nicht fördernd, sondern bilden geradezu ein Hindernis in der Organisierung des ländlichen Proletariats. Fr. Rejbein.

Aus dem Reichstage.

Für unsere Kolleginnen und Kollegen, die für die Ausbreitung und Anerkennung gewerkschaftlicher Grundzüge agitieren, wird es nicht unwichtig sein, kennen zu lernen jene Herren Reichstagsabgeordneten, die den Organisationen die Anerkennung verweigert haben, obwohl sie sich immer rühmteig als Schützer der Koalitionsfreiheit gerberden. Wer sich nicht dazu aufschwingen kann die Anerkennung der Gewerkschaften bei staatlichen Betrieben durchsetzen zu helfen, der muß sich schon sagen lassen, daß er ein Feind der Arbeiterorganisation ist.

In staatlichen Betrieben Englands ist neben Anerkennung des Organisationsrechts auch Grundloz, die Tarife der Gewerkschaften anzuerkennen. Darüber ist dieser Staat noch nicht in Scherben gegangen. Unter Führung des Herrn Pafferman haben die Nationalliberalen geschloffen gegen unsern Antrag gestimmt. Herr Pafferman, der noch vor zwei Jahren davon sprach, daß Volk habe einen wahren Hunger nach Liberalismus, schämt demnach der Meinung geworden zu sein, der Hunger der Arbeiter sei bereits gestillt. Anerkennung des Koalitionsrechts ist doch im letzten Grunde nichts anderes als eine liberale Forderung. Daß der geldtrügliche Nationalliberalismus heute der ungeeignete Vertreter einer solchen Forderung, ist weiter nicht zu verwundern. Dann sollen die Herren aber auch die Toga des liberalisierenden Tribunen fallen lassen, sich in unterhaltlicher Koalitionsfeindschaft auch bei den Wahlen zeigen.

Koch schlimmer steht es um die Freimüthigen, welche die kirchlichen Gewerkschaften als Vorbild bei ihrer Arbeiterorganisation benutzen. Ihr Verhalten bei der Abstimmung gegen geradezu an Verbot. Die gesamten Freimüthigen, mit einer Ausnahme, haben gegen die Amendierung der Resolution gestimmt. Damit haben sie neben eigener Demaskierung die fernere Betätigung der Organisationsfeindschaft der kirchlichen Berrückungen, über welche Klage über Klage von den Arbeitern geführt werden, geradezu heraufgehoben. Die Namen dieser organisationsfeindlichen freimüthigen Abgeordneten sind Döber, Dose, Kominien, Neumann-Holz, Paßschke, Schröder, Dr. Straube, Ullhorn, Waddewerg, Cuno, Dornmann (Eben), Giedrich, Emders, Hübsch, Gygling, Dr. Hermes, Herrmann (Bremen), Kämpf, Kersch, Mann, Müller (Havelsh.), Müller (Weimaran), Dr. Kludau, Dr. Kfundmer, Schmidt (Halle), Sommer, Speichmann, Dr. Sengel, Wiemer. Von der Deutschen Volkspartei stimmen mit ihm: Schweikardt, Storz, Wagner (Weimaran), Wieland. Von den Freimüthigen enthielt sich der Abgeordnete: Löhner. Nicht anwesend waren: Gebert, Heßler, Hofmeier, der „soziale“ Rausmann, Rorsch, Klab, Goller, Gansch, Leckardt. Von der Deutschen Volkspartei waren abwesend: Hoffmann, Dejer und Pagen.

Dies ist die Art, durch welche „mutig und unerschrocken“ die freimüthigen Teilnehmer für die Rechte der wirtschaftlich Schwachen eintreten. Als einziger hundert Herr Carcher-Ginshorn, Minister der Finanzen in Regensburg, Staatsminister, Reichsminister, Reichsminister, Reichsminister in Ulmsheim. Die Abstimmung des

Herrn Carlens läßt die Vermutung berechtigt erscheinen, daß die organisationsfeindliche Haltung in seinen eigenen Betrieben auf die andere Firmenhälfte zurückzuführen ist. Das wird sich nun ändern. Zu den Gewerkschaften aus freimüthigem Lager stellte sich Herr Schacht, Leiter des Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfen-Verbands. Wenn nun die Pfefferlade resp. Handelsherren die deutsch-nationalen Jünglinge hinausgaulen, wenn diese irgend eine Forderung stellen, dann braucht der Herr sich gar nicht zu wundern, es entspricht das den Grundzügen, als deren Freund er sich durch seine Abstimmung bekannte.

Die ganze Woche stand fast im Zeichen des Militärrats, gegen dessen volkswirtschaftliche, die Finanzen des Reichs verunstaltende Tendenzen von sozialdemokratischer Seite die Abgeordneten Hebel, Moste, Stöckel, Sidelum und Stadthagen sich wandten und eine Reihe von Reformvorschlägen brachten, so einen Antrag auf Einführung der einjährigen Dienstzeit. Der Antrag wurde abgelehnt, angeblich, weil eine zweckdienliche Ausbildung bei einjähriger Dienstzeit nicht möglich ist. Zu bewundern ist es dann, daß die Einjährig-Freiwilligen so ausgebildet werden, daß sie mit dem Offizierspatent abgehen. Seit Menschengedenken beträgt die Mannschaftslohnung 22 Pf. pro Mann und Tag — die Sozialdemokratie verlangte deren Erhöhung. Diese Erhöhung wurde nicht bewilligt, sondern bis zum nächsten Jahre verschoben. Dagegen gelangte die von uns gestellte Resolution über Reform des Militärstrafgesetzbuchs, sowie die über Durchführung der Offensivität bei Militärprozessen zur Annahme. Außerdem gelangten mit unsrer Zustimmung Resolutionen anderer Parteien zur Annahme:

- 1. Die Regierung möge eine Denkschrift vorlegen, betreffend zwei-jährige Dienstzeit;
- 2. Gewährung von jährlich einmaliger Freifahrt an Verlaubte;
- 3. Einführung naturlandwirtschaftlicher Kurse. Berücksichtigung der Erntezeit bei Urlaubsverteilung.

Die zweite Beratung der Judenkonvention brachte eine Uebersetzung. Die Kommission hatte eine. Debatte gefast, nach welchem die Zeichnung der Konvention erst dann vorgenommen werden solle, wenn Regierung und Bundesrat die Zustimmung zur Herabsetzung der Judensteuer gegeben. Für das Zustandekommen des Beschloßes hatten der Graf Scherwin und die nationalliberalen Abgeordneten Paschke und Sieg mit Fähigkeit unbefangener um die Einwendungen des Finanzministers gekämpft.

Nun sind die Herrschaften umgefallen, der ganze Bloch, vertreten durch Wassermann, v. Grabst, v. Kormann, v. Dörben, Dr. Paschke, Schweikardt, Vogt (Halle) und Dr. Wiemer, beantragte: Der Reichstag wolle beschließen:

- 1. An Stelle der Artikel 1 und 2 der Kommissionsbeschloße zu setzen:

Artikel 1.

Die Judensteuer wird vom 1. April 1909 ab auf 10 Mark von 100 Kilogramm Reingewicht herabgesetzt, sofern bis dahin Gehege zustande kommen, die eine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reichs um mindestens 35 Millionen Mark jährlich bezwecken. Kommen solche Gehege erst nach dem 1. April 1909 zustande, so erfolgt die Herabsetzung der Steuer gleichzeitig mit deren Inkrafttreten.

- 2. An Stelle des Artikels 3 der Kommissionsbeschloße zu setzen:

Artikel 2.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit der in Brüssel am 28. August 1907 vollzogenen Zusatzakte zu dem Vertrag über die Behandlung des Judentums vom 5. März 1902 in Kraft.

Unsere Fraktion stimmte für die Konvention und für den ersten Satz des Artikels 1, aber gegen die übrigen Bestimmungen.

Aus der chemischen Industrie.

Die Kartelle und Syndikate der deutschen chemischen Industrie.

II.

Die beiden chemischen Kartelle, die Großmann in seinem Buche gewissermaßen als Muster ihrer Art und vollkommene Verwirklichungen des Syndikatsgedankens vorführt, sind das deutsche Kali- und das deutsche Sodakartell. An ihnen sieht er fast nur Lichtseiten und gar kein Fehl. Wir werden die kapitalistischen Gebilde genauer prüfen.

Das Kartell der deutschen Kaliindustrie umfaßt Industriezweige mit, die von jeher zur eigentlichen chemischen Industrie gerechnet wurden. Es ist im Jahre 1879 gegründet, „um das während jener Zeit etwas zurückgegangene Interesse für die Verwendung der Kalisalze in der Landwirtschaft vor allem energisch wieder zu beleben“. Weiter weiß der Berliner Privatdozent von den Kartellzwecken der Kaliherrn nichts? Oder weiß er mehr und will nur schönfärben? Nach der Reorganisation im Jahre 1898 wurde das Kalikartell als Verkaufssyndikat der Kaliwerke in Leopoldsdorf-Stroßfurt A.-G. eingerichtet, mehrmals erneuert und am 11. August 1904 als Kalisyndikat (W. m. b. H.) mit dem Sitz in Leopoldsdorf etabliert. Es ist auf fünf Jahre abgeschlossen und läuft, falls es nicht 9 Monate vor Ablauf jener

Frift gekündigt wird, von selbst 5 Jahre weiter. Die Beteiligung der verbündeten Kaliwerke ist durch Vertrag geregelt. Jedem Werk ist seine Förderung in Prozenten seiner Beteiligung am Gesamtabsatz vorgeschrieben. Die Förderung der ältern Werke soll mit den Jahren abnehmen; während den neu hinzutretenden ein steigender Anteil zugewilligt wird. Die Zentralleitung regelt den Absatz und fest; entsprechend der Marktlage die Förderung für jedes Jahr fest. Neugegründete Unternehmen mit großem Absatz gefährden in den letzten Jahren das Kartell stark. Als Mittel gegen die zu schnelle Ausdehnung der Kaliindustrie ist nach Großmann das sog. Zweifachsystem vorgeschlagen worden, welches infolge seiner höhern Betriebskosten vor weitem Neuanlagen und dem Ausbau älterer Werke abtrotzen soll. Im nächsten Artikel werden wir sehen, welche Verwandnis es damit hat. Unser Gewährsmann meint nach dieser sehr flüchtigen Schilderung der Organisation und der Zwecke des Kalikartells, daß sich „trotz mancher Schwierigkeiten unter der Herrschaft des Syndikats die deutsche Kaliförderung außerordentlich entwickelt habe“, wobei zu beachten sei, daß sie wegen des verhältnismäßig geringen Vorkommens von Kali in andern Ländern sozusagen ein Monopol habe. Und in der Tat ist die Förderung von Kalisalz durch die kartellierten deutschen Werke von 1890 bis 1905 von 12 Millionen auf 48 Millionen Tonnen, die fabrikmäßige Erzeugung konzentrierter Salze aber, die hauptsächlich die Rohstoffe für die chemische Industrie liefern, z. B. Chloralkalium allein in derselben Periode von 1,8 auf 2,5 Millionen Tonnen gestiegen. Der Kaliverbrauch in den wichtigsten Industrieländern der Welt ist während der letzten zehn Jahre um zirka 50 Prozent, der in der internationalen Landwirtschaft in den letzten 20 Jahren um das Bierfache gewachsen. Der holländische, der deutsche und der amerikanische Ackerbau stehen an erster Stelle. Mehr weiß Großmann nicht zu berichten. Man sieht, daß er sich sehr an das Äußerliche hält. Das Innere des Kalikartells ist auch weniger schön, wie wir das nächste Mal sehen werden.

Ohne uns überhaupt viel von den „Erzitterungen“ des Kalikartells berichtet zu haben, fährt dann unser Gewährsmann fort: „Ein von Erzitterungen viel weniger heimgelesenes Kartell ist das Kartell der Sodafabriken. Seitdem die Südbay-Soda gegenüber der Ammonial-Soda in Deutschland nur noch eine bescheidene Rolle spielt (ist doch die Zahl der Fabriken des ersten von 20 im Jahre 1875 auf 5 jetzt gesunken!), sind die Fabrikanten der Ammonial-Soda unter Führung der maßgebenden Solvaygesellschaft (Vernburg) zu einem Kartell vereinigt, welches im Jahre 1891 zustande kam.“ Zum Sodakartell gehören die folgenden Fabriken: Deutsche Solvaywerke in Vernburg mit ihren Zweigwerken in Saaralben, Whylen (Waden), Monterey bei Hofenholza und Chateau Salins, die Chemische Fabrik Budkau, Engelle u. Krause in Trotha bei Halle a. S., der Verein chemischer Fabriken in Mannheim, die Fabrik in Heilbronn, Matthes u. Weber in Duisburg, Honigmann in Grevenberg bei Nahe und Hofmanns Stärkefabrik in Sulz. Außerdem des Kartells steht — aus welchen Gründen? — die Fabrik von Forster u. Grünberg zu Falk bei Köln. „Da die Vernburger Solvaywerke, wie wir sahen, auch in andern Ländern eigene Werke besitzen, überdies mit der größten englischen Sodafirma Brunner, Mond u. Co. eng verbunden sind und etwa die Hälfte der ganzen Sodaherstellung (diese beträgt zirka 250 000 Tonnen im Jahr) leisten, so haben sie im Gegensatz z. B. zum rheinisch-westfälischen Kohlsyndikat kein großes Interesse an der Ausfuhr von Soda. Diese ist denn auch seit 15 Jahren nur wenig gestiegen. So sehr beherrscht eine einzige Kiefenkapitalsgesellschaft schon unsere gesamten Außenhandel mit der ganzen übrigen Welt in ihrem Artikel! Vom „Terrorismus“, den diese mächtige Kapitalvereinigung im Innern von Deutschland ausübt, läßt unser Gewährsmann hier endlich den Schleier etwas mehr. Da das Sodakartell sich mit den deutschen Salinenkartellen, wozu auch die staatlichen Salinen gehören, dahin „geeignet“ hat, daß neue Fabriken einfach kein Salz erhalten, so ist die Errichtung neuer Anlagen unabhängig vom Kartell kaum möglich, während sich die Fabriken des Kartells infolge des außerordentlich gestiegenen deutschen Verbrauchs in den letzten Jahren sehr stark vergrößert haben

Die christlichen Gewerkschaften als Schutztruppe der politischen Reaktion!

Die christlichen Gewerkschaften sind ihrer parabolischen Struktur nach bereits ein eigenartiges Gebilde. Begründet, um die Gebilde der „christlichen Gewerkschaften“ zu schützen, wurden sie bald aber diese Zwecke hinaus und wurden zu einem Symbol der politischen Reaktion gegen die arbeitende Klasse der Sozialdemokratie. Unter der Führung der allgemeinen, gläubig und launisch bekämpften auch arbeitserneuerliche Parteien auf ihre wirtschaftlich organisieren, wenn sie nicht an Einfluß und Bedeutung verlieren wollen. So im letzten Jahrzehnte dem Protestantismus die katholischen Nationalliberalen, die reaktionären Sozialdemokraten, so jetzt die Junker und Junkerengen, die konservativen der christlichen Gewerkschaften. Dieses rückwärtige Schwergewicht von der Welt aufzuheben, ist ein Ziel in die Arbeiterbewegung zu werden, damit der politische Reaktionsgeist dem Ansehen der Arbeiterklasse keine neue Spekulation auf die Massen und Arbeiter nicht verleiten könnte. In dem Sinne der „christlichen Gewerkschaften“ ist ihrer Organisation in den Gewerkschaften ein Grundstein zu legen, in dem die Arbeiterbewegung nicht nur ein Hindernis, sondern ein Hindernis zu sein, sondern ein Hindernis zu sein, sondern ein Hindernis zu sein, sondern ein Hindernis zu sein.

Stellung dieser Gewerkschaften. Aber es fehlt in der christlichen Gewerkschaftslehre auch nicht an offenen Eingeständnissen ihrer parteipolitischen Tätigkeit. Nach der Wahl des Zentrumsgewerkschaften im Dezember zum bayerischen Landtag gesteht die „Gewerkschaftsstimme“, das Organ der christlichen Hilfs- und Arbeitervereine, proklamiert ein, daß „unser Verband bei der letzten Parlamentswahl zu unzweifelhaftem Interesseanerkennung alles daran setzte“. Oswald ist allerdings Mitglied des Verbandes, aber da doch in Bayern kein berufstätiges Schichten besteht, so legte man sich doch nicht für den Berufstägigen, sondern den Politiker ins Zeug, und die „politische Neutralität“ erhält ein unheilbares Loch!

An die politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften setzen auch „Der Deutsche Arbeiter“, das christliche Kaliverband, nicht mehr zu glauben, als er Anfang Juli 1906 schrieb: „Die heute bestehenden Partei-Verhältnisse setzen sehr wenig dazu (zur Betätigung innerhalb der Parteien), zumal in solchen Gegenden, wo man sich unsern ausdauern zu erinnern pflegt, wenn man sich Augen aus unsern Anteilnahme an Wahlen usw. verweigert, um uns dann, wenn man unsrer nicht mehr bedarf, mit wenig Dank oder vielen billigen Verschönerungen zu verabschieden. Unsere Güternützigkeit hat uns bisher blauen wenig eingebracht, und es dürfte abzuwarten überflüssig sein, die oft und bereitwillig gelieferten Dienste ab und zu ins Gedächtnis zurückzurufen, damit wir nicht zum Schaden später auch noch mit Spott händeln werden“. Den sie allerdings schon heute vollaus verdient hätten, hätten wir wohl mit Recht hinzusetzen. Arbeiter, die sich der politischen Reaktion in die Arme werfen, durch Verflechtungsorganisationen die Stützkräfte der Arbeiterbewegung schwächen und als ihre vornehmste Aufgabe der Kampf gegen die eigenen Klassen-genossen, also gegen die eigenen Interessen, betrachten, haben Spott und Hohn überrecht verdient. Zumal die Interessentengruppen so wichtig sind, daß sie, wenn sie ihre Interessen wahren wollen, diesen direkt ins Gesicht schlagen. Solches berichtet nämlich der christliche „Kriegsmesser“, indem er eine Resolution mittelt, die in dem am 31. Dezember 1905 in Riederspleis tagenden christlichen Arbeiterkongress angenommen wurde. In derselben heißt es: „Die Verankerung bedauert lebhaft das Vorgehen einzelner Arbeitgeber, welche kein Mittel unversucht lassen,

um die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften zu hemmen, wodurch lediglich der Sozialdemokratie Vor-schub geleistet wird.“

Die Unternehmer werden höchsten Respekt vor einer Arbeiterorganisation empfangen, die von ihnen Führer erhält und dennoch sich bereit erklärt, gemeinsam mit ihnen gegen die eigenen Klassen-genossen zu kämpfen! Der Bereitwilligkeit folgt nur zu oft die Tat. Bei den letzten Stadtwahlkreisauswahlen in Bochum kandidierte ein christlicher Arbeitersekretär auf einer Liste mit den Kandidaten der Rechtenpartei und führte so den Betrachter der Wählerinnen der Gewerkschafts-christen zu, denselben Rechtenherren, die jede Anerkennung der Arbeiterorganisationen prozig ablehnen!

Wir wollen die Differenzen der christlichen Gewerkschaften mit der nationalliberalen Partei des Saarreviers übergehen, wollen den Vereinigungsrundel der konfessionellen Vereine mit den christlichen Gewerkschaften und den 60 000 Mark-Bettel des Herrn Süder unbeachtet lassen, obwohl zu allen diesen Dingen nur parteipolitische Interessen die Veranlassung bildeten! Aber wenn von parteipolitischen Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften gesprochen wird, darf nicht vergessen werden, was die konservative „Sächsischen Volkszeitung“ von diesem Thema zu sagen weiß. Sie berichtet von einer zur Dresden am 6. Oktober 1906 abgehaltenen Hauptversammlung des konservativen Landesvereins im Königreich Sachsen und schreibt: „Der wichtigste Punkt der Tagesordnung bildete die Beschlußfassung über den Anluß der christlichen Gewerkschaften an den konservativen Landesverein. Der Vertreter der Gewerkschaften hatte sich an den Landesverein gewendet und der konservativen Partei die Unterstützung durch die Gewerkschaften bei den Wahlen angeboten.“ Natürlich wurde diese Offerte nicht abgelehnt. Die ultramontane „Trierer Landeszeitung“ ist darüber aufgebracht und erklärt: „Es haben die christlichen die progre-mungemäße Neutralität ver-lassen. Eine Gewerkschaft, die sich einer politischen Partei als Wahlkörper, als Mitarbeiter bei den politischen Wahlen zu Verfügung stellt, treibt in vollem Sinne des Wortes Politik. Das muß festgelegt werden.“ — Wir haben dem nichts hinzuzufügen!

und den Gewinn allein abschöpfen. Das Monopol des Sodaalkalis gefehlt Großmann ausdrücklich zu, auch die „recht beträchtlichen“ Gewinne. Er meint aber, das Monopol sei „nicht in übertriebener Weise zum Schaden des Verbrauchers ausgenutzt worden“. Wenn er meint, daß die Verbraucher keinen Anspruch auf eine mit dem Fortschreiten der Technik und der Betriebskonzentration steigende Verbilligung der Ware hätten, dann mag er recht haben. Wir werden später sehen, daß aber die Sache noch viel schlimmer liegt.

Das Kartellwesen macht schließlich auch in der chemischen Industrie schon lange nicht mehr an der Landesgrenze Halt. Es besteht eine Reihe wichtiger internationaler Kartelle, so schließlich unser gelehrter Gewährsmann seine schlichte Uebersicht. Hierher gehören das Salpetersyndikat, das Sodasyndikat, das Bismutsyndikat und die Vereinigung der russischen und rumänischen Petroleumkapitalisten. Selbst eine so junge Industrie, wie diejenige für Kunstseide, zeigt bereits internationale Kapitalistenverbindungen. Der seltenere Fall, daß sich die Kartelle verschiedener Länder befehlen, trifft bei den Brompräparaten zu, und hat zu erheblichen Preisentwertungen geführt.

Der Kartellgedanke hat sich danach gerade in der chemischen Industrie und bei ihren Kapitalisten „besonders stark durchgesetzt“. Die Herren wissen, weshalb. Darüber sollen die chemischen Arbeiter gründlicher als durch den Berliner Privatdozenten in unser nächster Betrachtung belehrt werden.

Unsere Kapitalisten und die Gesetzgebung.

Wie rühlig unsere Unternehmerorganisation in Gesetzgebungsfragen ist, geht daraus hervor, daß ihr Ausschuss in seiner letzten Sitzung vom 18. Januar als „Hauptgegenstand“ die dem Reichstage zurzeit vorliegende Novelle zur Gewerbeordnung beriet. Gegenüber den Bestimmungen der Novelle über die Konkurrenzklause l hielt der Ausschuss an den in Absatz von der Generalversammlung des Vereins gefassten Beschlüssen fest. Insbesondere wurde beschlossen, nach wie vor dafür einzutreten, daß von den Angestellten im Falle der Regelung der Konkurrenzklause Konventionalstrafe und Schadenersatz verlangt werden könnte, daß aber andererseits dem Angestellten während der ganzen Karenzzeit das volle vorher bezogene Einkommen seitens des Unternehmers gezahlt werden solle, gleichviel wie hoch dieses sich belaufen hat. Es wurde beschlossen, an den Reichstag eine Eingabe zu richten, in welcher die Stellung der chemischen Industrie zu den Vorschlägen der Regierung dargelegt wird. Die Herren Kapitalisten wollen also auch ihre chemischen Doktoren nach wie vor möglichst in der Hand behalten. Außerdem festeten sie eine Kommission ein, die alsbald dem Reichsschatzsekretär persönlich wegen des geplanten Spiritusmonopols die „Wünsche“ der chemischen Industrie vorzutragen hat. Der wird sie schon vorlassen, eher als Arbeiter, die ihm „Wünsche“ vortragen möchten!

Der chemische Profit hilft dem Kohlenbergbau.

Die rheinisch-westfälische Kohlengrube Dorfeld hat nach ihrem Geschäftsbericht bei der Kohlenförderung im Jahre 1906 durch einen Versuch im Förderloch I mit Verlust gearbeitet; wenn trotzdem für den Kurz 300 Mt. Ausschüttung verteilt werden konnten, so stammt der hierzu erforderliche Gewinn aus andern Einnahmequellen der Zeche. Es ist allgemein bekannt, daß die meisten Zechen ihre Einnahmen nicht nur aus der Kohlenförderung, sondern zum guten Teil auch aus der Koks- und Bricketzeugung, der Gewinnung von Nebenenergieanlagen, wie Ammoniak, Teer, Benzol usw., schöpfen. Daher bezogen selbst in einem sonst verlustreichen Jahre die Kohlenbarone der Zeche den netten Gewinn, den sie auch 1906 einfürchten. So weiß sich der Kapitalismus stets zu helfen. Bringt die Ausbeutung der Bergleute einmal nichts, so bringt die Ausbeutung der chemischen Arbeiter in denselben Betriebe desto mehr.

Deutsche chemische Industrie in England.

Aus den höchsten Farbwerken vorm. Meister, Lucius u. Brünig wird gemeldet, daß infolge der stattgehabten Aenderung des englischen Patentgesetzes sich die Fabrik zur Ausführung ihrer Patente in einer englischen Fabrik einschließen hat. Die nötigen Schritte und Vorbereitungen zur Errichtung einer solchen Fabrik wurden von der Meister, Lucius u. Brünig Ltd. Co. in Manchester in die Wege geleitet, mit dem Bau derselben wurde bereits begonnen. Seitdem hat sich der Kurs der Aktien der Aktienansehen gehoben. Das hat Gerüchte entstehen lassen, wonach im Zusammenhange mit der Errichtung der englischen Fabrik eine Erhöhung des Aktienkurses geplant sei, und zwar wollte man bereits wissen, daß die neuen Aktien den alten Aktionären zu einem relativ niedrigen Kurse zum Bezüge angeboten werden sollen. Das ist aber nach der „Frankf. Zeitung“ unzutreffend. Wie sie erklärt, werden die Kosten des englischen Fabrikbaues auf rund 50 000 Pfd. Sterl. gleich einer Million Mark veranschlagt und von der Gesellschaft aus ihren flüssigen Mitteln bestritten. Die Herren haben so viel an Bargeld leicht aus den riesigen Gewinnen der letzten Jahre übrig. Deshalb können sie ja ihre Arbeiten nicht besser bezahlen!

Die Lohnkämpfe der österreichischen chemischen Arbeiter im Jahre 1906.

Die für das Jahr 1906 ließen vom österreichischen Handelsministerium herausgegebene und weit sorgfältiger, als die deutsche bearbeitete amtliche Statistik (sie umfaßt einen starken Band von 581 Seiten!) gibt auch eingehende Auskunft über die Lohnkämpfe unter engeren Kollegen im schwarz-gelben Nachbarstaate. In der österreichischen chemischen Industrie fanden danach in 1906 im ganzen 15 Streiks statt, die 15 Betriebe und 1529 Streikende umfaßten. Nur 4 Streiks in 4 Betrieben mit 209 Streikenden endeten ohne jeden Erfolg. 4 Streiks mit 461 kämpfenden hatten vollen, 7 Ausstände mit 899 Streikenden teilweisen Erfolg. Der größte Lohnkampf mit 187 Beteiligten und teilweisem Erfolg betraf eine Ammoniakfabrik. Dann waren betroffen in der Reihenfolge ihrer Größe eine Cellulosefabrik, eine Eisfabrik, eine Zellwollenfabrik, eine Gelatinefabrik, eine Zementfabrik, eine pharmazeutische Fabrik, ein Zirkonitwerk, eine Kunstdüngersfabrik, eine Kohlenkühlungsanlage und ein Mineralwerk — also fast alle Spezialitäten unserer Branche! In der Kunstdüngersfabrik bei Wien wurde eine Erhöhung der bis dahin bestehenden Zeit- und Akkordlöhne erzielt, von denen die ersten bis auf 13/16 Kronen die Woche, die letztern sogar bis auf 4,80 Kronen die Woche herabgegangen waren. In der Gelatinefabrik bei Wien wurde eine Lohnenerhöhung für die weiblichen Färbearbeiter, der Gehaltskandidat und 25 Prozent Zuschlag für Überstunden erlangt. Im Alpkaliumwerk bei Wien gelang eine Lohnenerhöhung um 8 Prozent. Die Zellwollenfabrik bei Wien bewilligte eine 50prozentige Lohnenerhöhung. Bis nach Galizien schlug der Lohnkampf unserer Kollegen seine Wellen und erreichte dort in der Ammoniakfabrik zu Obzranow eine 10prozentige Lohnenerhöhung, direkte Lohnauszahlung statt durch Akkordanten und die Einziehung eines Arbeiterausschusses. Nachzügelswerte Kampfserfolge unserer Kameraden auf so schwierigerem Vorkampfe!

Wannheim.

Der „Volksstimme“ wird mitgeteilt, daß ein in der Zellstoff-Fabrik Waldhof seit Jahren beschäftigter Arbeiter lungenkrank und nach einer Seilbahnfahrt verbracht worden war. Der Mann hoffte, nach Wiederherstellung in dem Betrieb, wo er seine Gesundheit ruiniert hatte, wieder Arbeit erhalten zu können. Das brauchte nicht bei der gleichen Arbeit zu sein; in solch großen Werken gibt es bekanntlich auch Arbeiten leichter Art. Der Wunsch des Arbeiters sollte sich nicht erfüllen! Am 16. Januar ging demselben in der Heilanstalt folgender Mias zu: „Da es wegen Ihres geschwächten Gesundheitszustandes in Ihrem eigenen In-

teresse liegt, sich nach Entlassung aus der Heilstätte leichtere Arbeit im Freien zu beschaffen, so raten wir Ihnen an, sich jetzt schon um einen andern Arbeitsposten umzusehen. Wir betrauen Sie für dieses-zeitiges Arbeitsverhältnis so nach gemäß § 8 unserer Arbeitsordnung mit sofortiger Wirkung als gelblich. Uchlungsvoll Heilstoff-Fabrik Waldhof.“ Reichte Arbeit im Freien soll sich der Mann suchen. Arbeit im Freien wäre schon recht, ob's da aber leichte Arbeit gibt, wagen wir zu bezweifeln. Der Heilstoff-Fabrik liegt nicht das fernere Wohlergehen ihres einstmaligen schützlichen Arbeiters am Herzen, es wird richtig geraten sein, wenn wir sagen, um die Betriebskrankenlasse von halbranken Mitgliedern zu befreien, wird solche radikale Entlassungsurteil geübt.

X Wiesdorf-Verurteilung.

Wie der „Berg. Arbeiterstimme“ von hier geschrieben wird, erhielt ein Arbeiter der hiesigen Farbwerke Beyer u. Co., der bereits 1 1/2 Jahre bei der Firma beschäftigt war und nun krank wurde, seine Entlassung in das Krankenhaus geschickt! Ein zweiter Arbeiter, der verheiratet ist und drei Jahre bei der Firma beschäftigt war, wurde nach siebenwöchentlicher Krankheit entlassen. Ein dritter Arbeiter verließ die Lungenheilstätte; am Schalter in der Fabrik wird ihm bedeutet, er solle sich andere Arbeit suchen, sein Posten sei besetzt und andre Arbeit könnte er doch nicht mehr leisten. Diese Fälle sind im Zeitraum von sechs Wochen passiert und dazu jezt im Winter, wo es den Entlassenen jorbieso schwer fällt, andre Arbeit zu erhalten!

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

— Ahtung, Ziegelarbeiter!

Um in diesem Jahre eine intensive Agitation unter den Ziegelarbeitern zu ermöglichen, ist es notwendig, die wenigen Sommermonate zweckmäßig auszunutzen. Es ist deshalb erforderlich, daß wir schon jetzt unsere Pläne festlegen, um nicht während der Saison die Zeit mit Vorarbeiten zu verroteln. Alle Kollegen werden deswegen ersucht, uns baldigt mitzuteilen, ob und zu welcher Zeit sie eine Unterstützung in dieser Sache von uns wünschen.

— Die Ziegelbesitzer auf Schleichwegen.

Der Zusammenschluß der Ziegelbesitzer im letzten Herbst zu einem Zentralverband löste bei uns die Vermutung aus, daß die neugeborene Unternehmerorganisation nicht allzulange warten werde, um das „gedehliche Verhältnis“ zwischen Arbeiter und Unternehmer — und das ist ja bei den Unternehmerorganisationen immer der Grundgedanke — zu fördern. Diese Vermutung hat uns nicht getäuscht. Schon in der ersten Sitzung im November hat der Verbandsausschuss beschlossen, alle Forderungen der Meister und Arbeiter auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung im Jahre 1908 abzulehnen. Das war der erste, recht vielversprechende Schritt zur Annahme eines „gedehlichen Verhältnisses“, dem nun der zweite in der Sitzung vom 9. Januar gefolgt ist. Die „Lohnindustriezeitung“ berichtet darüber folgendes: „In einer am 9. d. Mts. in Düsseldorf stattgefundenen Sitzung wurden die aufgestellten Satzungen einstimmig genehmigt und als Sitz des Zentralverbandes Dortmund bestimmt. Zahlreiche Beitrittserklärungen lagen vor. Die Berichte über die Lage der Ziegelindustrie lauteten für alle Bezirke sehr ungünstig. Es wurde festgestellt, daß infolge der übergroßen Bestände und der schlechten Ausichten im Baugewerbe die Produktion von Ziegeln in Westfalen, Rheinland, Hannover, Hamburg und Süddeutschland so stark eingeschränkt werden muß, daß mindestens 1/3 der Arbeiter weniger beschäftigt werden wird, wie im Vorjahre. Unter diesen Umständen kann eine weitere Erhöhung der Löhne gar nicht in Frage kommen.“

Wohlgemacht der Produktion, Ablehnung aller Forderungen, Minierbeschäftigung von einem Drittel der Arbeiter, wirklich eine nette Perspektive für die Ziegelarbeiter. Alle Anzeigen sprechen aber dafür, daß es den Ziegelbesitzern weniger um die Einschränkung der Produktion, als um die Wiederherstellung der im Erwachen begriffenen Ziegelarbeiter zu tun ist. Wenn schon eine Einschränkung der Betriebe notwendig ist, so wäre doch das einzig Vernünftige, die tägliche Arbeitszeit einzuschränken und damit dem schon lange gefühlten Bedürfnis der Arbeiter Rechnung zu tragen. Statt dessen sollen Tausende von Arbeitern brotlos bleiben, und den Gläubigern, denen es vorbehalten bleibt, für die Ziegelbesitzer fronden zu dürfen, soll die Arbeitszeit noch verlängert werden. Heißt es doch in dem Ziegelmarktbericht vom Dezember 1907 aus Osnaabrück: „Die Arbeiter haben im Jahre 1907 zum ersten Male nur 12 Stunden gearbeitet gegen 14 früher, und denselben Lohn wie früher bekommen. Man hofft jedoch, daß im nächsten Jahre zur 14 stündigen Arbeitszeit zurückgekehrt wird.“

Die Verkürzung der Arbeitszeit von 14 auf 12 Stunden welche die Ziegelbesitzer infolge des Vorgehens unserer Organisation im Jahre 1906 zugelassen mußten, soll also wieder rückgängig gemacht werden, wobei ihnen die flane Bautätigkeit vorgügliche Hilfe leistet. Um ihrer Sache ganz sicher zu sein, suchen sie schon jetzt durch ihre Agenten ausländische Arbeiter heranzuziehen, obwohl ein Drittel der Arbeiter weniger beschäftigt werden soll. Von einer italienischen Arbeiterorganisation wurde uns mitgeteilt, daß ein Herr Julius Peter aus Koblentz gegenwärtig italienische Ziegelarbeiter für einen Herrn August Auerbach in Köln, angeblich Sekretär des Unternehmensverbandes, angeworben sucht. Versprochen wurde ihnen pro 1000 Steine 4,25 Mt. und 8 oder 14tägige Kündigungsfrist. Der Trick der allezeit nationalen Unternehmer ist sehr durchsichtig. Man lockt die ausländischen Arbeiter unter allerlei Versprechungen hierher, um mit ihrer Hilfe den 14stündigen Arbeitstag wieder einzuführen. Nach erreichte Zweck können sie nach Belieben wieder abgeschoben werden; deshalb auch die kurze Kündigungsfrist, die den ausländischen und teilweise auch den einheimischen Ziegelarbeitern sonst stets durch Arbeitsverträge vorenthalten wird. Öffentlich wird aber der laubere Plan der Ziegelbesitzer an der Solidarität der internationalen Arbeiterchaft leud Schiffbruch leiden. Die Ziegelarbeiter haben alle Ursache, mehr denn je auf dem Boden zu sein, um allen Verschlechteungen entgegenzutreten zu können. Gerade die jetzige geringe Bautätigkeit ist eine günstige Gelegenheit, die heute noch vielerorts überlange Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß herunterzuziehen. Nicht Einschränkung des Betriebes, sondern Einschränkung der täglichen Arbeitszeit, das sei aberwärts unser Fortschritt.

— Lanz a. Pgnitz.

Die darniederliegende Bauwirtschaft wird von den Unternehmern reichlich ausgenutzt, um die Arbeiter ihre Macht fühlen zu lassen. So wurde auch den Arbeitern der Ziegelwerke Reutkirch am letzten Sonntag eine recht unangenehme Ueber-raschung zuteil. Schon zu Weihnachten gedachte man ihrer mit der üblichen kapitalistischen Föcherung — einer Lohnkürzung. Die Profitgier war aber antiehend damit noch nicht gesättigt, und so mußte der armeliche Verdienst abermals beschnitten werden. Die Stundenlöhne wurden um 2 Pf. und die Akkordlöhne dementsprechend heruntergesetzt. Der Veranlasser dieser Maßnahmen ist nach Ansicht der Arbeiter der Meister Döds, ein ehemaliger Untermeister. Dieser Herr verwehrt die Betriebskäfte mit der Raierne. Er betrachtet es als seine Aufgabe, die Arbeiter militärisch zu drücken. Es kappt auch alles ganz famos, nur bei der Lohnzahlung will es niemals zum Klappen kommen, stets gibt es Differenzen. Da sich die Arbeiter, wenn es sich um den lauer verdienten Lohn handelt, nach nicht an den Kadavergehorsam gewöhnen können, so sind indirekte Maßregelungen eine ständige Einrichtung geworden. Jeder unglückliche Arbeiter wird so lange schikaniert, bis er sich zu einem Widerstand hinführen läßt. Widerstand ist natürlich immer eine Meisterbeleidigung, und die kündigungslose Entlassung folgt im freien Lauf. Ggf. vor einigen Tagen ereignete sich ein solcher Vorfall, doch dürfte dieser für den Meister Döds nicht so ganz abgehen als die jetzigen. Die Arbeiterchaft hat nun eine Beschwore zu den

Lohnkürzung und sonstigen Mißstände der Direktion unterbreitet, deren Verantwortung bis jetzt noch aussteht. Für uns aber müssen die diese Vorgänge ein neuer Ansporn sein, mit allen Kräften für die Ausbreitung und Vertiefung der Organisation Sorge zu tragen. Je größer die Mäße wir diese Mißt erlassen, um so eher wird die Stunde der Abrechnung mit den kapitalistischen Wahpynen und ihren Helfershelfern für uns schlagen.

Streiks und Lohnbewegungen.

— Neu-Redum. Auf der Gewerkschaft „Elsa“ drohen Differenzen. Die Betriebsleitung verlangt von den Arbeitern die Unterzeichnung eines Schriftstückes, nach dem die Arbeiter einen Teil ihres Lohnes (für Nebenarbeiten) stehen lassen sollen. Der Betrag soll zu Weihnachten ausbezahlt werden, aber nur an solche Arbeiter, die bis Weihnachten beschäftigt sind. Da die Arbeiter bei derartigen Bedingungen schon wiederholt die Erfahrung gemacht haben, daß kurz vor Festtagen der Zahlung ein Teil der Arbeiter entlassen oder weggeleitet wird, verweigern die Kollegen die Unterchrift. Bezug ist fernzuhalten!

— Singen a. Hohentwiel. Wir berichteten in Nr. 6 des „Proletariats“, daß die Arbeiter der Fittingwerke (Abteilung Schmirgler) einen neuen Lohnstarif, der bis zu 20 Prozent Uchläge enthielt, zu gewärtigen hatten. In einer Betriebsversammlung wurde eine hierzu gewählte Lohnkommission ernächtigt, bei der Direktion vorstellig zu werden, um die unredliche Lohnkürzung abzuwehren. Die Kommission wurde am 23. Januar bei der Direktion vorstellig; erzielte wurde, daß der neue Starif, der von den beteiligten Arbeitern nicht angenommen wurde, eine Aenderung dahingehend erhielt, daß die alten Lohnsätze im großen und ganzen bleiben, aber auch für einige Artikel höher. Säge eingestellt wurden. Die Lohnkommission machte in den Unterhandlungen geltend, daß die Arbeit an den Schmirglerwerken als eine sehr ungelunde zu bezeichnen sei, was von dem anwesenden Generaldirektor Hornberger zurückgewiesen wurde. Wir möchten Herrn Generaldirektor Hornberger den Rat erteilen, nur einmal vier Wochen den Staub und Dreck zu schlucken, wir sind sicher, daß eine derartige Meinung bei ihm nicht mehr aufstehen würde. Im übrigen verweisen wir auf die ungemein hohe Krankenziffer des Betriebes. Des weitern verweisen wir auf die Lungenheilstätte Friedrichsheim, wofür die zahlreichen lungentrannten Arbeiter der Fittingwerke Zulaucht und Heilung suchen müssen. Donnerstag, den 30. Januar, fand abermals eine Betriebsversammlung statt, in welcher unser Gauleiter, Kollege Wörner-Rannstatt, anwesend war. Die einzelnen Lohnsätze wurden einer Prüfung unterzogen und gaben sich die Beteiligten einstweilen mit dem Ergebnis zufrieden. Der Erfolg dieser Bewegung ist in Anbetracht der im allgemeinen ungünstigen Zeit ein annehmbarer. Nun liegt es an den Kollegen selbst, an der Organisation festzuhalten und dieselbe weiter auszubauen, dann werden auch weitere Erfolge nicht fehlen.

Korrespondenzen.

— Albrud. Den Terrorismus bis zur Uchlichkeit getrieben zu haben, kann sich die Direktion der hiesigen Papierfabrik rühmen. Wir berichteten schon darüber, daß der Direktor, als im Vorjahr im Gasthause „Zur Schanze“ eine von unserm Verbände veranstaltete Versammlung stattfand, sämtliche Arbeiter entließ, von denen er annahm, daß sie sich der Organisation angeschlossen hätten. Damit nicht genug, ging er zu einem hiesigen Malermeister, bei dem der Bevollmächtigte unseres Verbands beschäftigt war und verlangte dessen Entlassung. Der betreffende Malermeister war aus Geschäftsgründen gezwungen, den Befehl zu entlassen. Auch dem nachfolgenden Bevollmächtigten erteilte das gleiche Schicksal. Derselbe wohnte bei einem Arbeiter, der in der Papierfabrik Albrud beschäftigt war, und nun wurde der letztere von der Direktion vor die Alternative gestellt, entweder den Kollegen aus der Wohnung zu werfen oder brotlos zu werden. Der Herr Direktor glaubte nun, der Kollege würde keine Wohnung mehr bekommen, hat jedoch die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Auch der Gastwirt zur „Schanze“ hat schon mehrmals die allmächtige Hand des Direktors zu fahlen bekommen. Da nun der lebenswürdige Herr, wie es scheint, am Ende seines Lateins angekommen ist, sucht ihn seine werte Frau Gemahlin noch zu ubertreffen. In Albrud besteht eine vom Frauenterein Albrud gegründete und geleitete Kleinkinderschule, in welcher die Kinder sämtlicher Familien der oben genannten Orte ohne Unterschied der Konfession aufgenommen werden. Vor einigen Tagen nun schickte der oben genannte Gastwirt sein etwa 3 Jahr altes Kind durch ein Dienstmädchen in die betreffende Anstalt, um es aufnehmen zu lassen. Es wurde ihm jedoch von der Leiterin der Anstalt bedeutet, daß sie, ohne die Frau Direktor“ gefragt zu haben, kein Kind des Schanzwirts aufnehmen dürfe. Auf Erkundigung hin, ob die Aufnahme der Kinder anderer Familien auch einer Befähigung der Frau Direktor bedürfen, erfolgte die Antwort, daß das nicht der Fall wäre. Es trifft hier das bekannte Sprichwort zu: Die Sünden der Väter müssen die Kinder büßen. Wir wissen nicht, ob diese Maßnahmen im Einverständnis mit den übrigen Damen getroffen worden sind, wenn nicht, bedeutet sie einen großen Uebergriff in die Rechte des Frauenvereins. Sie fernzeichnen aber voll und ganz ihren Ueberber. Die Arbeiterchaft von Albrud und Umgebung, muß joch terroristische Maßnahmen mit einmütigen Anschluß an die Organisation beanworten, dann wird den Herren — und auch den Damen — die Luft zu solchen Schikanen schon vergehen.

— Vergedorf. Die wirtschaftliche Krise wird von einem Teil der Unternehmer zu einer Art Raschepolitik gegen die Arbeiter ausgenutzt, indem sie diejenigen Arbeiter auf Straßenzufluchter werfen, die sich bei ihnen mißlieblich gemacht haben. Mißlieblich deshalb, weil sie einen nicht inbedeutend genug waren und dann auch noch die Dreißigzeit besaßen, in der Organisation ein Mittel zu erblicken, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, und deshalb für den Raubbau und Stärkung derselben eintraten. So auch der Sackrothfabrikant Müntler. Vor kurzem sind dort elf Arbeiter entlassen worden, angeblich wegen Mangels an Arbeit. Diese Angabe ist nichts weiter als ein Deckmantel, dazu bestimmt, die wahren Gründe zu verhüllen. In Wirklichkeit wollte man ein Beispiel statuieren, um die dort noch beschäftigten Arbeiter einzuschüchtern, ihnen zu bedeuten: Seht, so geht es allen denjenigen, die gegen die Maßnahmen und Schikamierungen unserer treuen, allzeit ergebenden Diener, besonders der Weige, machen oder gar noch die Föcherheit delzen, auf die Vorteile der Organisationen hinzuweisen. Davon wird diese Tatsache dadurch, daß Arbeiter entlassen wurden, die bereits 5, 9, 10, ja 13 Jahre in dem Betriebe beschäftigt waren und denen das Zeugnis ausgestellt worden ist, daß sie überaus tüchtige Arbeiter waren. Wenn Herr Müntler und seine Ratgeber hierüber für tiefes Bedauern ausdrücken, besonders demjenigen gegenüber, der ein Familienvater von fünf Kindern ist, so heißt dies nichts weiter, als Fankelstranen verzeihen. Daß es diesem Herrn mit seinem Bedauern nicht recht ernst war, geht am besten daraus hervor, daß ihm die Arbeiter seiner Fabrik Vorschläge machten, um zu ermöglichen, die Entlassenen wieder einzuführen und weiter zu beschäftigen, indem von 72 Arbeitern sich 70 bereit erklärten zugunsten der Entlassenen um einen längeren Arbeitszeit und dazuvwige mit einem geringern Verdienst fürlieb zu nehmen. Es ist dies ein Verstoß, der geradezu besänftend für Herrn Müntler ist, der rüchichtslos Familienvater, die jahrelang ihre Arbeitskraft für ihn preisgaben und ihr gut Teil zu dem Ausblafen des Betriebes beuteten, aus Straßenzufluchter mauf, wohl wissend, daß die Arbeitslosigkeit bei den hohen Lebensmitteln werden um so mehr empfunden wird. Sühntätige Gründe wird Herr Müntler, der bisher als lokaler Mann galt, für seine Maßnahmen nicht ins Feld führen können. Im Gegenteil, der Verkauf der Lohnbewegung im Sommer hat bewiesen, daß die Arbeiter recht leicht zufriedene zu stellen und sich mit Zugewandenen abfinden ließen, die im Vergleich zu den Auforderungen der Weine in andern Betrieben als recht minimale zu bezeichnen sind. Allem Ansehen nach ist ob dieser Friedfertigkeit der Arbeiter besonders den Rat-

gehört des Herrn Müller der Kammer gewaltig geschwollen, rühten doch diese in letzter Zeit nicht, wie sie die Arbeiter schikanieren und beschämten sollten. Hiergegen taten die Arbeiter wiederum nichts weiter, als daß sie sich vertrauensvoll an Herrn Müller selbst wandten mit dem Erlauschen, diesem Einhalt zu tun. Diese Vertrauensseligkeit ist den Arbeitern nun über gelohnt worden. Die Arbeiter erklären dies damit, daß Herr Müller von Leuten, die befehligt sind, Scharfmacherrollen nachzugehen, nach Latzmann umgarnt worden ist, eine Mitteilung, die nicht von der Hand zu weisen ist, aber weder Herrn Müller, noch denjenigen, die seine Gunst zu erheischen versuchen, zur Ehre gereicht. Die Arbeiter werden sich jedoch trotz alledem und alledem nicht von ihrem Wege abbringen lassen und auch gleichzeitig den Beweis bringen, daß, wenn sie auch nicht dogmatische Christen sind, doch christlicher handeln, als die Verfechter von Religion, Sittlichkeit und Ordnung.

Ehrerhausen. In der Mitgliederversammlung vom 2. Februar wurde die Abrechnung vom 4. Quartal entgegengenommen, und dem Kassierer Entlastung erteilt. Der 1. Bevollmächtigte gab den Jahresbericht, dem zu entnehmen ist, daß es trotz aller Mühe nicht möglich war, den Mitgliederstand zu halten. Durch den schlechten Geschäftsgang war es den Handlungern des Kapitals, den Werkmeistern, möglich, die überhaupt noch zaghafte Arbeiterkollegen der Organisation zu entfremden und fernzuhalten. Daß es dabei an Verleumdung und Maßregelung nicht fehlte, sei nur nebenbei erwähnt. Alle Bemühungen, die hiesigen Zigarbeiter dem Verbande anzugliedern, waren erfolglos. Es sind das Wanderarbeiter aus Pöppe, deren aufreibende Arbeit schließlich auch das Auffassungsvermögen ungünstig beeinflusst und sie an ihrer konservativen Gesinnung festhalten läßt. Dieser Umstand läßt den Misserfolg auch sehr begrifflich erscheinen. Zum Schluß wurde noch auf unsere gute Bibliothek aufmerksam gemacht und die Kollegen aufgefordert, sich daraus ihr Wissen zu bereichern, denn Wissen ist Macht. Nun gilt es, die Mäße, die uns Unverstand und Zaghaftigkeit im alten Jahre gerissen haben, wieder auszufüllen, damit wir über Jahresfrist einen befriedigenderen Rückblick halten können. Groß ist das Arbeitsfeld, das noch der Reackerung wartet, unzählig die Mißstände, die noch der Beseitigung harren. Deshalb ohne Säumen im neuen Jahre zu neuer Arbeit.

Hamburg. Recht bezeichnende Zustände herrschen gegenwärtig in der Pneumatik- und Luftschlauch-Abteilung der Firma Salomon W.-G., Fabrik Flotowstraße in Warmb. Wie den Lesern dieses Blattes noch bekannt sein dürfte, befanden sich die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Abteilung im Sommer vorigen Jahres im Streik, weil sie sich eine Reduzierung der Akkordlöhne nicht gefallen lassen wollten. Während dieses etwa achtwöchigen Kampfes konnte die Firma mit den aus allen Gegenden herangeholten Arbeitswilligen nicht im entferntesten ihre Aufträge erledigen. Was schließlich geliebert wurde, war jedenfalls nicht zu gebrauchen. Die Lager waren schnell geräumt. Nach Beendigung des Streiks wurden an die wiederbeschäftigten Streikenden hohe Anforderungen in Bezug auf die Arbeitsleistung gestellt. Von den Meistern und Aufsehern wurde zur Mehrleistung angetrieben. Überdies wurde vor kurzer Zeit angeordnet, daß pro Tag, mit Uebererschlagung von je einer Woche, 2 Ueberstunden gemacht werden sollten. Beim Anstreben tut sich nun einer der Betriebsleiter, der etwa 20jährige Herr v. Lohse, besonders hervor. Den bei der Heizung der Reifen beschäftigten Arbeitern antwortete dieser Herr zu, sie sollten einige Minuten vor 12 Uhr noch eine Heizung herausreichen, die Wäcker sollten sich dann noch darüber herfürzen und diese noch schnell wickeln, um dann überhitzt und in Schweiß gebadet in der Mittagspause den Betrieb zu verlassen. Bei dieser Wrede jagerte haben sich vor kurzer Zeit innerhalb einiger Tage drei Unfälle in dieser Abteilung ereignet. Bezeichnend für die Gesinnung dieses jungen Herrn von Lohse ist folgender Vorgang, der sich vor einigen Tagen abspielte. Als Herr v. Lohse von den Heizern eine noch größere Arbeitsleistung verlangte als die jetzige, bei größter Anstrengung vollbrachte, äußerte sich einer der Arbeiter im Unmut über die fortwährende Antreibung: "Dann brauche ich noch ein Jahr eher nach Ohlsdorf!" Darauf antwortete dieser Herr: "Es schadet nichts, vorm Torweg stehen genaug!" So, nun wissen die Kollegen und Kolleginnen, wie sie von den Herren eingeschätzt werden. Sollte bei einer derartigen Verhandlung nicht jedem Kollegen im Betriebe die Note der Erprobung und Scham ins Gesicht fliegen, daß dieser Herr derartige Behauptungen ungefragt tun darf? In einem von organisierten Arbeitern besetzten Betriebe hätte ein Herr, der sich derartige Reden erlaubt, wohl bald abgewirtschaftet; denn die Arbeiter würden bezogen Stellung nehmen. Deshalb, Kollegen, wollt ihr eine derartige unerbittliche Behandlung abspornen, dann hinein in die Organisation!

Mannheim. In hiesiger Stadt hat das Heer der Arbeitslosen geradezu Zuwachs erhalten, indem die Rheinische Gummi- und Zellulosefabrik 300 Arbeiter entlassen hat. Not und Elend wird vermehrt in den Reihen unserer Berufscollegen, zumal die Entlassungen unter heiligen Pflichten zum Eintritt in die Organisation nicht gelang und infolgedessen jetzt ohne jede Unterstützung sind. Das Konzept gibt in der schlechten Geschäftslage auch den indifferenten Arbeitern den Laipaß — unbekümmert darum, wie es diesen Kolonnen im Zukunft ergehen wird. Unser Organisation hat sofort Stellung zu den Entlassungen in den einzelnen Betrieben genommen. Die Voranstellungen für die Arbeiter der Zellulosefabrik waren ungeachtet brüchig. Kollege Hummelberger gestellte in der Diskussion die Forderung der höchsten Arbeiterbewegung und hob die Einigkeit der Arbeiter hervor. — Streik, Bezirksleiter der Straße, forderte ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiterorganisation; Bezirksleiter Schmitt von dem christlichen Hilfsarbeiterverbande versuchte den Arbeitern die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften klar zu machen und lobte die sachlichen Ausführungen des Kollegen Hummelberger. — Die für die Rheinische Gummi- und Zellulosefabrik angelegte Versammlung war fast besetzt. Die Ausführungen des Kollegen Hummelberger fanden beständige Aufnahme. An der Diskussion beteiligten sich der Sekretär Kollege Weinzierl, der das unzulässige Verhalten des Arbeiterausschusses brandmarkte. Der christliche Führer hätte sich in Scham zu begeben. In seinem Schlusswort bewies der Meisterricht nach dem die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und forderte zum Eintritt in unsern Verband auf. Eine Anzahl Neuaufnahmen wurden erzielt.

Spandau. Am Sonntag, dem 26. Januar, tagte im Lokal am Kande, Schötenalderstraße 80, unter Jahresversammlung, in der eine der Vorarbeiten der Vorbereitung a. des 1. Bevollmächtigten, b. des Kassierers, c. der Kontrollkommission gegeben wurde. Aus dem Bericht überläßt sich sehr gut, daß in diesem Jahre verhältnismäßig ein günstiger Verlauf war, trotzdem die der gewerkschaftlichen Erfolg nicht zu erwarten. Es wurden abgehalten: 20 Sitzungen der engeren Ortsverwaltung, 12 Konferenzen der Verbandsämter, 38 Fabrikversammlungen, 16 Mitgliederversammlungen, eine öffentliche Versammlung für die Arbeiterkollegen in der gemischten Industrie und zwei Sonntagspredigten der Mitglieder und ihrer Angehörigen mit anschließendem geselligen Beisammeln usw. Wenn die Ergebnisse unsern Erwartungen nicht entsprechen, so liegt dies zum großen Teil an den eigenartigen Verhältnissen. In Spandau befinden sich eine Anzahl Staatsbetriebe, in denen die Organisation verpönt ist. Ein großer Teil der Kollegen glaubt nun, wenn es ihnen mal gelingt, dort zu landen, so ist es das Beste, der Organisation dieses Betriebs gar nicht näher zu treten. Wir haben also die Erfahrung gemacht, daß nach jeder gewisser Erweiterung von Arbeitern auf den einen oder anderen der beteiligten Organisationen, besonders aber der Verbände der Hilfsarbeiter, ein großer Teil der dort Eingekommenen abwandert. Werden sie aber, wenn die dringende Hilfe kommt, auf das Organisationsgebiet gezogen, so können sie sich weiterentwickeln, weil sie unter den Kassen der Organisation zwar zu landen nicht gelernt sind, aber sie wollen und so lange einige Stunden der Vorbereitungsdienste bleiben, bis es ihnen noch einigen Jahren weiter geht. Mitglieder der Hilfsarbeiter sind also Realisationsbedürfnisse zu werden. Das ist ein Grund, warum es so viele Kollegen in anderen Betrieben bei ähnlichen Konjunkturen vermissenwerte Fortschritte zu machen. So ist gelungen, was die Kollegen eines Betriebs zu dem Besten gemacht haben, da sind auch Erfolge

erzielt worden. Der Jahresbericht balanciert in Einnahme und Ausgabe für die Hauptklasse mit 6821,70 Ml. Unter den Ausgaben der Hauptklasse befinden sich nachfolgende Posten: für Arbeitslofenunterstützung 615,40 Ml., an Krankenunterstützung 1722,50 Ml., Streikunterstützung, 629,60 Ml. usw. An die Hauptkasse wurden 2374,67 Ml. gelangt. Die Postenklasse schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1439,56 Ml. ab. Die Verwaltung unterbreitete der Generalversammlung, nachdem die Abrechnung genehmigt war, einen Antrag auf Auflösung unserer Zählstelle am Berlin. Nachdem derselbe begründet und reichlich diskutiert war, wurde beschlossen, in der nächsten Vertrauensmänner-Konferenz eine Kommission zu wählen, welche mit der Zählstelle Berlin in Verhandlungen zu treten hat. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurden die alten Mitglieder derselben bis auf den Kollegen Bogdanski, der Spandau verläßt, wiedergewählt, die Wahl des 2. Bevollmächtigten wurde bis zum Abschluß der Verhandlungen mit Berlin ausgesetzt.

Wernigerode. In den hiesigen Fabriken herrschen durchweg recht traurige Verhältnisse für die Arbeiter. In der Filzschuhfabrik von Waddehelm (Sub. Marzshausen) traten die Arbeiter im Vorjahre in den Streik, um die 11stündige Arbeitszeit um 1 Stunde zu verkürzen; der Streik ging verloren, weil die Arbeiter überhaupt nicht organisiert waren. Ein Gutes hatte der Kampf aber doch: die Arbeiter und Arbeiterinnen schlossen sich jetzt unserm Verbande an. Das behagte natürlich Herrn Marzshausen nicht, weil er ahnte, daß eine organisierte Arbeiterschaft mit seinen Arbeitsbedingungen nicht lange zufrieden sein würde. Er maßregelte deshalb einige Arbeiter und erreichte dadurch leider, daß ein Teil der Beschäftigten angestrichelt wurde und dem Verbande den Rücken kehrte. Jetzt ist Herr W. wieder oben auf. Welch horrenden Löhne er jetzt zahlt, dürfte auch weitere Kreise interessieren. Eine Arbeiterin verdient pro Tag, d. h. in 11 Stunden, 9 Pf. = 9 Pf. pro Stunde. Die älteren Arbeiterinnen verdienen 10-15 Pf. Natürlich klagen jetzt die Arbeiterinnen über den niedrigeren Lohn, die Schuld daran tragen aber diejenigen, die dem Verbande so schnell den Rücken kehrten. — Die Gebr. Marzshausen sind ferner Besitzer einer Papierfabrik. Dieser Betrieb zeichnet sich neben seinen niedrigen Löhnen — 2-3 Ml. bis 2,40 Ml. pro Tag — noch durch erhebliche Unzufriedenheit aus. Sehr häufig verunglücken hier Arbeiter. Organisation fehlt auch hier. Herr W. duldet keine „Sozialdemokraten“, weil er Hauptmann im Kaiserlichen Reservebataillon ist. (Schneidig, was?) Die Arbeiter haben zum Teil nicht einmal Schutzhelme, und die Arbeiterinnen verdienen in Nord 4 bis 6 Ml. pro Woche. Da kann der Herr „Hauptmann“ allerdings seine „Sozialdemokraten“ brauchen, denn die würden mit solchen Zuständen halb aufwachen. Die Arbeiter sollten sich aber nicht davon täuschen, was Herr W. will, sondern tun, was ihnen not tut. Und das ist eine starke gewerkschaftliche Organisation!

Rundschau.

Arbeitskammern. Dem Reichstage ist ein Entwurf über Errichtung von Arbeitskammern zugegangen. Dieser Entwurf ist unter sorgfältiger Berücksichtigung der Forderungen des Kölner Gewerkschaftskongresses ausgearbeitet worden; er bringt nämlich in fast allen Punkten das genaue Gegenteil von dem, was die organisierten Arbeiter fordern. Also, eine echte und rechte Weisung! Eine eingehende Besprechung des Entwurfs müssen wir kaum mangels halber bis zur nächsten Nummer zurückstellen.

Die Entwicklung der Gewerkschaften im Jahre 1907 nahm, so schreibt das „Correspondenzblatt der Generalcommission“, nicht den kürzlichsten Verlauf der Vorjahre; sie stand mehr im Zeichen der Festigung, als der Ausdehnung. Nachdem in den beiden letzten Jahren die Mitgliederzahl um ca. 650 000 gestiegen, die Zahl der Industriearbeiter also erheblich vermindert war, konnte dieser Aufwuchs nicht ins Ungemessene weitergehen. Auch der Übergang von der Hochkonjunktur 1906 zur Wirtschaftskrise 1907 konnte an den Gewerkschaften nicht ganz unbemerkt vorbeigehen, sondern übte eine mäßige Wirkung aus. So können wir nach den uns vorliegenden Abrechnungen und statistischen Schätzungen von 50 Organisationen, die meist das 3. Quartal betreffen, nur von einer Zunahme von etwas über 100 000 Mitglieder berichten. Bei den übrigen Gewerkschaften dürfte mit einer Zunahme von etwa 30 000 Mitgliedern zu rechnen sein und der Jahresrückblick dürfte eine weitere Zunahme von 20 bis 30 000 Mitgliedern bringen, so daß der Jahreszuwachs etwa 150 000 Mitglieder betragen dürfte. Unfre Hoffnung, im Jahre 1907 die zweite Million an Mitgliedern zu erreichen, wird vielleicht nicht ganz erfüllt sein, aber wir werden wenig dahinter zurückbleiben und das nahe Ziel kann nur aufspornend auf alle Kräfte wirken. Besonders erfreulich ist die Tatsache, daß nur eine kleine Zahl von Gewerkschaften einen Mitgliederrückgang aufweist (bis jetzt liegen uns nur drei statistische und sieben Schätzungsresultate mit etwa 5000 Mitgliedern weniger vor). Es ist dies ein Beweis, daß die Gewerkschaften, von geringen Schwankungen, wie sie alle Jahre vorkommen, abgesehen, ihren Bestand behaupten und sich demnach auch gegen die fernere Krise als widerstandsfähig erproben werden. Wichtiger noch als die Mitgliederzunahme ist die bedeutende Stärkung der Finanzkraft, die die Gewerkschaften im Berichtsjahre erreichten. Zweifellos wird das gewerkschaftliche Unterhaltungsweisen in den nächsten Jahren einer Belastungsprobe ausgesetzt sein, wie nie zuvor. Bereits im 3. Quartal 1907 machte sich eine bedeutende Steigerung der Ausgaben für Arbeitslofen- und Krankenunterstützung bemerkbar, die die Ausgaben des gleichem Quartals 1906 fast um die Hälfte erhöhte. Diese Steigerung wird sich in den nächsten Quartalen in verstärktem Maße fortsetzen und das Frühjahr wird nur geringe Entlastung bringen. Aber gerade darin bewährt sich die gewerkschaftliche Farsiererei für die Arbeiterlofen und ihre erhaltende Kraft, indem sie die Mitglieder vor dem gänzlichen Sinken in Pauperismus und Reichstümlichkeit bewahrt, ihnen an und durch die Organisation einen wirtschaftlichen Rückhalt verschafft.

Was hier das „Correspondenzblatt“ von der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen schreibt, trifft im wesentlichen auch für unsere Organisation zu. Die Mitgliederzunahme war wesentlich geringer, wie im Vorjahr. Die Abrechnungen vom 4. Quartal sind noch nicht bearbeitet, ein genaues Resultat liegt also noch nicht vor; wir bringen deshalb nachstehend die vermittelte der Arbeitslofenunterstützung festgestellte Mitgliederzahl vergleichsweise in Aufschlag. Danach stellt sich das Budgetjahr des Verbandes in den letzten zwei Jahren wie folgt:

	Männl.	Weibl.	Zusammen	Zunahme
31. Dezember 1905	70 108	5 762	75 870	—
31. Dezember 1906	111 391	11 824	123 215	47 346
31. Dezember 1907	126 339	12 243	138 582	15 367

Das wäre für das Jahr 1907 eine Zunahme von 15 367 Mitgliedern; eine Zahl, die sich durch die erdgültigen Feststellungen allerdings noch um ein Geringes vermindern kann. Wenn auch diese Zunahme, im Anbetracht des gewaltigen Reträtierungsgebietes, das für unsern Verband noch vorhanden ist, durchaus nicht befriedigend ist, so haben wir doch keinerlei Anlaß zur Koynjängerei. Es ist dabei noch in Betracht zu ziehen, daß infolge der Beschlässe unseres letzten Verbandstages Tausende von Mitgliedern zu den Metallarbeitern übergetreten sind. Rechnen wir ferner die Erhöhung der Beiträge und des Entgeltes der Kräfte als der Agitation nicht eben förderliche Faktoren mit, so ergibt sich, daß der Zuwachs von 15 000 Mitgliedern immer noch einen ganz erfreulichen Fortschritt bedeutet. Trotzdem aber wollen wir nicht verträumen, an alle unsere Mitglieder das dringende Ersuchen zu richten, durch rastlose Arbeit dafür zu sorgen, daß wir am Schlusse dieses Jahres einen um das Vierfache größeren Zuwachs aufweisen können.

Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden im 4. Quartal 1907. Die Statistik des Reichsstatistischen Amtes erstreckt sich diesmal auf 90 Verbände mit 1 440 927 Mitgliedern. Davon waren am 23. Dezember 32 282 am Orte und 2736 auf der Reise arbeitslos. Das sind 2,6 Prozent, gegen 1,6 Prozent am 29. Dezember 1906; also eine ganz erhebliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Seit Dezember 1903 ist der Prozentsatz der Arbeitslosen

nie so hoch gewesen, wie im verflochtenen Dezember. An Arbeitslofenunterstützung wurden von den berichtenden Verbänden insgesamt 1 149 819 Ml. bezahlt, das sind 106 901 Ml. mehr wie im vorhergehenden Quartal. Für das ganze Jahr 1907 stellt sich die Unterstützung an Arbeitslofen auf 4 388 273 Ml.

Für unsere Organisation steht die Arbeitslofenunterstützung nicht nur wesentlich höher wie im 3. Quartal, was ja durch Eintritt des Winters erklärlich wäre, sondern auch weit über dem Stand im 4. Quartal des Jahres 1906. Wir bringen nachstehend die vergleichenden Ziffern.

Auf 100 Mitglieder entfielen Arbeitslofen:

	männl.	weibl.	Zusammen
Im 4. Quartal 1906	3,1	3,6	3,2
Im 4. Quartal 1907	4,5	3,7	4,4

An Arbeitslofenunterstützung bezahlte unser Verband:

	am Orte	auf der Reise	Zusammen
	Ml.	Ml.	Ml.
4. Quartal 1906	23 530	1783	25 313
4. Quartal 1907	35 060	4138	39 198

Maß zeigt, die Krise macht sich deutlich bemerkbar. Die Unterstützungsleistungen der Gewerkschaften werden die Probe zu bestehen haben. Den Unorganisierten aber dürfte gerade jetzt mehr denn je die Ueberzeugung aufkommen, daß es unüberzählige Torheit war, den Anschluß an die Organisation zu verweigern.

Der Arbeitsmarkt im Dezember 1907. (Nach dem Reichsarbeitsblatt.) Die gemischte Großindustrie war im allgemeine normal beschäftigt, doch hat, wie bereits im Vormonat berichtet, die ungünstige Lage in Amerika eine Rückwirkung auf das Geschäft hervorgerufen, so daß der allgemeine Absatz schwächer zu werden scheint. Stellenweise kamen Lohnerhöhungen vor. In den Farbenfabriken trat auch im Monat Dezember keine wesentliche Veränderung des Geschäftes ein. Wenn sich stellenweise die Lage verschlechterte, war das auf den mangelnden Bedarf des Baugewerbes und auf die ungünstigen Kreditverhältnisse zurückzuführen. Fast dasselbe gilt für die Leder- und Firnisfabrikation. Die Betriebe für organische Säuren, anorganische Produkte waren gut mit Aufträgen versehen. Aus der Glasfabrikation wird hingegen eine Verschlechterung gemeldet. Die Industrie für chemische und pharmazeutische Präparate war andauernd mit Arbeit gut besetzt. Das Geschäft nach den Vereinigten Staaten ging zwar zurück, dagegen zeigte sich vielfach eine Vermehrung des Absatzes in Europa.

In der Zementfabrikation sank, wie aus Hamburg gemeldet wird, die Lage weiter ab und und war schlechter als im Dezember 1906.

Die Papierfabrikation war im Dezember zum Teil im Zusammenhang mit dem Weichschäfergeschäft mit Arbeit gut besetzt. Stellenweise fehlten immer noch in Sachen Arbeitskräfte, wenn auch vielfach infolge eines stärkeren Angebotes in den letzten Wochen viele Lücken ausgefüllt werden konnten. Die Papierausstattung hatte, soweit Berichte vorliegen, sehr gut zu tun, so daß Ueberarbeit im größtem Umfang erforderlich war.

Verbandsnachrichten.

Montag 4. Februar ab gingen bei der Hauptkass folgende Beträge ein:

- Sildesheim 280,—, Waddehausen 260,—, Schöpfheim 188,—, Kötthm 90,—, Unsbach 70,—, Halle a. S. 3,50, Sebittz 252,—, Schönebeck a. E. 784,94, Gerthm 32,16, Hannover 8565,—, Entin 100,—, Wolbeg i. M. 100,—, Kl. Aueheim 31,82, Mieneberg 611,08, Borby 100,—, Gr.-Wetten 82,40, Ober-Kamfakt 344,76, Steigau 200,—, Bremen 1000,—, Mannheim 600,—, Neustadt i. S. 248,—, Delmenhorst 600,—, Nienburg a. S. 202,30, Döhrup 200,—, Minden 170,—, Sigen 25,—, Jauer 10,—, Caspar 10,—.

Schluf: Montag, 10. Februar, mittags 12 Uhr.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1907 haben

eingesandt:
Dreslau, Beuthen, Biernheim, Gmund, Schöpfheim, Freitjing, Gannover, Gerthm, Rab Rheinfelden, Girsberg, Offenbach a. Main, Neustadt bei Koburg, Ober-Kamfakt, Binneberg, Penzig, Seubach, Seilgraben, Sehenheim, Potsdam, Nienburg a. Wefer, Jauer, Neustadt i. Holstein, Schwargenberg.

Diesemigen Bevollmächtigten, die noch keine Abrechnung für das 4. Quartal eingesandt haben, werden hiermit dringend ersucht, die Abrechnung sofort zu bewirken. Es ist unbedingt notwendig, die Jahresabrechnung zeitig fertigzustellen, das kann aber nur geschehen, wenn die Abrechnungen rechtzeitig eingesandt werden. Nicht der Revisor ist es auch, auf sofortige Abrechnung zu dringen.

Zustimmung zur Erhebung von Ertragsbeiträgen:
Gelle. 10 Pf. pro Mitglied und Monat.
Eulgau. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Verloren und für ungültig erklärte Bücher.
Nr. 156 291, Franz Pielosz, eingetreten am 8. März 1896 in Luraöhütte.
Nr. 210 961, Herm. Dlp, ist gefunden und dem Kollegen abzugehen. Das Buch ist somit gültig.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.
Atripp, Artur Doras, Alte Friedhöfstraße.
Bernsbütteltoog, M. Schwarz, Fährstraße 35.
Gehrsdorf, Heinz Haffeld, Lange Brückstraße 2.
Gehrsdorf, Aug. Jäger, Spannfstraße 8.
Gehrsdorf, Aug. Meier.
Langenberg, Franz Kemniger, Langestraße 12.
Potsdam, G. Pralau, Alte Lützenstraße 37.
Schwenningen, Fr. Spieß, Schwabstraße 1923.
Eulgau, Chr. Kammerer.
Tetten, Gustav Altenberg, Raststraße 13.
Wieg, Karl Ehrenberg, Wilhelmstraße 24.

Briefkasten.
B. in G. Den Artikel habe ich dem Hauptvorstand übermittleit, derselbe wird die darin enthaltenen Anregungen ebentl. bewerten. Zum Abdruck bzw. zur Diskussion im Verbandsorgan sind die Vorschläge denn doch zu unwichtig.
Gesellschaft. Vier Wochen zu spät und ohne Stempel; da wollen wir uns den Abdruck lieber schenken, zumal wichtiges ja nicht darin enthalten. Zu neuem Fortschritt gratulieren wir.
S. und H. in K. Wieviel Kunfischefabriken es in Lyon gibt, wissen wir nicht.

Injerate.
Zahlstelle Winneberg.
Alle Unterstützungen werden beim zweiten Bevollmächtigten ausbezahlt.
Unse Mitgliederversammlung finden jeden ersten Dienstag im Monat statt; die Mitglieder werden hierdurch aufgeführt, dieselben zahlreich zu besuchen.
Am 23. Februar findet unser Winter-Vergangen (M.-St.-Zeit) statt. Auch hierzu erwarten wir zahlreiche Beteiligung.
Die Bevollmächtigten.
Zahlstelle Rheinfelden u. Ungebung.
Am Sonntag, dem 16. Februar 1908, im Vereinslokal „Oberweinsbacher Hof“:
Generalversammlung.
Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.
Beschlüßige Geschäftswesen aller Kollegen ist Pflicht.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
1,50 Ml.
Die Ortsverwaltung.